



MONEY MATTERS

wirtschafts- und
haushaltspolitischen
Themen aus Europa



MM #12

EU-Verordnung: Mit One-for-One-Regel die Investments in fossile Energien langfristig verhindern

Liebe Freund*innen, liebe Interessierte,

Morgen früh stimmen die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments über die vorgeschlagenen Änderungsanträge zur Überprüfung der Eigenkapitalverordnung (Verordnung 2013/575/EU; kurz CRR) ab. Darin geht es um die sogenannte One-For-One-Regel. Die Regel hat bisher keinen Eingang in den Kompromissvorschlag des Berichterstatters gefunden. Deswegen bringen wir Grünen den Änderungsantrag 842 noch in die Abstimmung ein. (Hier geht es [zu den Änderungsanträgen](#).)

Inhalt des Briefings:

- Ein zur Veröffentlichung gedachtes Zitat
 - Hintergrundinformationen zur One-for-One-Regel
-

**Rasmus Andersen, Sprecher der deutschen Grünen und Mitglied im
Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments:**

„Wenn wir den Kampf gegen den Klimawandel gewinnen wollen, dann müssen wir den Finanzsektor dafür zukunftsfähig machen. Um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen wir Investitionen aus fossiler Infrastruktur abziehen. Fossile Infrastruktur ist nicht zukunftsfähig und auch ökonomisch stellen Investitionen in fossile Energie ein höheres Risiko dar. Ein Risiko von einem immensen Ausmaß, das nicht nur den Klimawandel weiter vorantreiben würde, sondern auch die nächste Finanzkrise auslösen könnte. Und noch mehr selbstgemachte Krisen können wir uns einfach nicht mehr erlauben.“

*Konservative, Liberale und Sozialdemokrat*innen müssen jetzt Farbe bekennen. Ich fordere meine Kolleg*innen im Wirtschaftsausschuss dazu auf, am Dienstag für eine Finanzregulierung zu stimmen, die den Klimazielen entspricht und den Ausstieg aus fossiler Infrastruktur fördert!“*

Hintergrundinformationen One-for-One Rule

Die "One-for-One"-Regel würde die Wahrscheinlichkeit eines zukünftigen Finanzcrashs verringern, indem sie sicherstellt, dass die Banken einen angemessenen Kapitalpuffer aufbauen, um Verluste aus zukünftigen gestrandeten Vermögenswerten aufzufangen, die sich aus dem fortgesetzten ökologischen Wandel ergeben werden. Für jeden Euro, der in fossile Brennstoffe investiert wird, würde ein Euro in Reserve gehalten, um etwaige zukünftige Verluste zu decken. Wird dies nicht umgesetzt, sind die Banken auf staatliche Rettungsmaßnahmen angewiesen und riskieren die Stabilität Europas, wenn ihre Anlagen in fossilen Brennstoffen gestrandet sind.

Dieser gerade [veröffentlichte Bericht](https://www.oneforonenow.org) ([oneforonenow.org](https://www.oneforonenow.org) - *Banking on Bailouts: Sizing the social costs when the fossil fuel bubble bursts, Januar 2023*) kommt zu dem Schluss, dass die sozioökonomischen Auswirkungen einer durch fossile Brennstoffe ausgelösten Finanzkrise ohne solide Kapitalanforderungen schwerwiegend sein werden: In der EU wird mit dem Verlust von mehr als 3,7 Millionen Arbeitsplätzen gerechnet, und es sind Rettungsmaßnahmen in Höhe von 1,2 Billionen Euro erforderlich, um die Banken über Wasser zu halten. Dies bedeutet, dass eine europaweite Rettungsaktion fast doppelt so hoch ausfallen könnte wie in der Finanzkrise von 2008.

Eine One-For-One-Eigenkapitalanforderung, um die nächste Finanzkrise zu verhindern.

Die Änderungsanträge der CRR bieten die Möglichkeit, die kritische One-for-One-Regel umzusetzen: Für jeden Euro, der in ein neues fossiles Brennstoffprojekt investiert wird, müssen die Banken einen Euro an Eigenmitteln zurücklegen, um das Risiko künftiger Stranded Assets zu berücksichtigen. One-for-One und die damit zusammenhängenden Änderungen der Kapitalanforderungen für Projekte zur Nutzung fossiler Brennstoffe sind eine vernünftige und umsichtige Regulierungsmaßnahme, um einen klimabedingten Finanzcrash durch die Einführung eines angemessenen Kapitalpuffers zu verhindern. Diese Maßnahme stellt keine lästige Belastung für die Banken dar, sondern ist eine verantwortungsvolle Maßnahme.

Das Risiko von Stranded Assets

Die Finanzierung neuer Projekte im Bereich der fossilen Brennstoffe führt zu einem Anstieg des systemischen Risikos für die Stabilität des Finanzsystems.

Dies geschieht über zwei Wege:

Das **Risiko durch die grüne Transformation**: Die Banken halten erhebliches Kapital in Form von Krediten und Investitionen in den Sektoren für fossile Brennstoffe. Die EU-Klimaziele und die fortgesetzte globale Abkehr von fossilen Brennstoffen würden jedoch bedeuten, dass der Wert des Kapitals, das in neue Projekte im Bereich der fossilen Brennstoffe fließt, in den kommenden Jahren wahrscheinlich sinken wird. Es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass Investitionen in fossile Brennstoffe zu "stranded assets" und gesicherte Reserven zu "stranded resources" werden. Die Einführung eines Kapitalpuffers für diese Vermögenswerte bedeutet, dass die Banken das volle Risiko tragen und ausreichende Reserven bilden, um eine Rettung zu vermeiden, wenn die Krise eintritt.

Das **physische Risiko durch Klimawandel bedingte Umweltkatastrophen**: Gleichzeitig steigt das Risiko von klimabedingten Ereignissen wie Waldbränden oder Überschwemmungen. Dies birgt die Gefahr, was die Banque de France als "green swan"-Risiken bezeichnet hat - potenziell extrem finanziell störende Ereignisse, die die nächste systemische Finanzkrise auslösen könnten. Ein Kapitalpuffer wäre erforderlich, um einen Teil des Schadens zu beheben, der den Banken durch das Risiko des Klimawandels entsteht.

Diese Risiken werden in den bestehenden Kapitalanforderungen nicht berücksichtigt, was bedeutet, dass Investitionen in fossile Brennstoffe derzeit preislich zu niedrig angesetzt werden. Dies führt zu einem unkontrollierten Risiko auf betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Ebene, das dringend vom Gesetzgeber angegangen werden muss.



Dir hat der Money Matters gefallen, dann empfehle den Newsletter weiter.

[Newsletter weiterempfehlen](#)

Du hast Feedback zu unseren Inhalten oder Themenvorschläge?

[Schreibe uns hier](#)

Die E-Mail kam über einen Verteiler?

Melde dich mit deiner eigenen E-Mail für unseren **Money Matters Newsletter** hier an:

Anmeldung Money Matters Newsletter

Möchtest du mehr allgemein über meine Arbeit im Europäischen Parlament erfahren? Dann melde dich für unseren **Europa Newsletter** an

Anmeldung Europa Newsletter

Copyright © 2023, MEP Rasmus Andresen, All rights reserved.
www.rasmus-andresen.eu

Europäisches Parlament
08 G 115
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel

[Web-Ansicht](#) | [Webview](#) | [Aperçu web](#)

[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)